

Zusammenfassung

Es besteht die verbreitete Annahme, dass der typische Unternehmer in der Europäischen Union (EU) weiß, männlich und wohlhabend ist. In Wirklichkeit passen die meisten Unternehmer jedoch nicht in diese Kategorie, sondern haben die unterschiedlichsten Hintergründe. Gleichwohl gibt es eine Reihe gesellschaftlicher Gruppen (z. B. Frauen, junge Menschen, Ältere, Arbeitslose und Menschen mit Behinderungen), die innerhalb des Unternehmertums unterrepräsentiert sind oder größeren Hindernissen bei der Gründung eines Unternehmens gegenüberstehen als der Durchschnitt. Angesichts des wertvollen Beitrags des Unternehmertums zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung kann es sich die EU schlichtweg nicht leisten, das Potenzial der Menschen aus unterrepräsentierten oder benachteiligten Gruppen ungenutzt zu lassen.

In diesem Bericht werden die verfügbaren Daten zu Unternehmensgründungen und selbstständiger Erwerbstätigkeit von unterschiedlichen sozialen Gruppen in den Mitgliedstaaten der EU untersucht, wobei Menschen, die gegenwärtig nicht als typische Unternehmer gelten, im Mittelpunkt stehen. Beispielsweise waren von den 30 Millionen selbstständig Erwerbstätigen in der Europäischen Union im Jahr 2012 nur 30 % Frauen. Ebenso waren nur 3 % der Selbstständigen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Damit ist die Realität weit von der Vorstellung einer integrativen Gesellschaft entfernt, in der das Unternehmertum offen für alle ist. Der Bericht zeigt weiterhin auf, dass ein Drittel der neu gegründeten Unternehmen von zu Hause aus geführt werden, wobei dieser Anteil bei Frauen und Älteren höher liegt.

Um die Unternehmenstätigkeit unterrepräsentierter und benachteiligter Gruppen fördern zu können, ist ein Verständnis darüber erforderlich, welchen Hindernissen diese Gruppen gegenüberstehen. Der Bericht zeigt auf, dass Jugendliche beispielsweise doppelt so häufig wie Erwachsene fehlende unternehmerische Fähigkeiten als Hindernis für die Existenzgründung angeben (18 % vs. 8 %) und dass die Vereinbarung von Unternehmensinhaberschaft und familiären Verpflichtungen von Frauen häufiger als von Männern als schwierig erachtet wird (8 % vs. 4 %). Diese Hindernisse müssen beseitigt werden, um allen die gleiche Chance zu gewähren, unabhängig von ihren persönlichen Umständen und ihrem Hintergrund als Unternehmer und selbstständig erwerbstätig zu sein.

Politische Strategien für ein integrationsförderndes Unternehmertum zielen auch auf eine Verringerung des „Qualitätsgefälles“ zu Lasten benachteiligter sozialer Gruppen ab, das sich beispielsweise in wesentlich niedrigeren Umsatzniveaus und Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit und geringeren Überlebensraten der Unternehmen von Frauen, jungen Menschen und Zuwanderern im Vergleich zur übrigen Bevölkerung äußert. Es ist wichtig, Existenzgründer aus diesen Gruppen auf Tätigkeiten mit guten Aussichten auf die Erzielung von Einkünften und ein wirtschaftliches Überleben hinzulenken und sie dabei zu unterstützen, ihr Unternehmensmanagement und ihre Geschäftsmodelle hochwertig zu gestalten.

Dieses Buch gehört zu einer Reihe von Publikationen zum Thema „Die fehlenden Unternehmer“. In diesem zweiten Band der Reihe stehen zwei benachteiligte Gruppen im Mittelpunkt der thematischen Kapitel: Arbeitslose sowie ethnische Minderheiten und Zuwanderer. Für Arbeitslose kann die Existenzgründung einen besonders interessanten und bestärkenden Weg in die Beschäftigung bieten. Allerdings fehlen ihnen häufig die Fähigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zur Gründung eines Unternehmens. Modelle

wie die Überbrückungsleistungen in Deutschland, bei denen nach der Existenzgründung das Arbeitslosengeld weitergezahlt wird, um den Übergang in die selbstständige Erwerbstätigkeit zu unterstützen, haben sich als erfolgreich erwiesen. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer am Ich-AG-Modell waren nach fünf Jahren noch immer haupt- oder nebenberuflich selbstständig erwerbstätig. Zudem wurde in Ländern wie Frankreich die Überlebensfähigkeit der von Arbeitslosen gegründeten Unternehmen durch finanzielle Zuschüsse auf eine Quote verbessert, die fast ebenso hoch wie die der Unternehmen insgesamt ist (72 % nach drei Jahren vs. 79 %). Ein weiterer Beitrag zur Lösung sind Mentoring- und Schulungsangebote, die auf die Bedürfnisse von Arbeitslosen zugeschnitten sind. Zugleich darf aber nicht übersehen werden, dass nur eine Minderheit der Arbeitslosen den Versuch unternehmen will, sich selbstständig zu machen. Im Durchschnitt äußern nur 3 % der arbeitslosen Bevölkerung in Europa Interesse an der Gründung eines Unternehmens. Unter den Arbeitslosen ist dies die Zielgruppe der politischen Strategien für ein integrationsförderndes Unternehmertum.

Aus ethnischen Minderheiten stammende und zugewanderte Unternehmer bilden eine sehr breit gefächerte Gruppe. Einige stammen aus stark unternehmerisch geprägten Kulturen, andere nicht. Allerdings stoßen die ethnischen Minderheiten und Zuwanderer aus beiden Gruppen beim Aufbau starker Unternehmen in der Regel auf größere Hindernisse als einheimische Unternehmer. So können die rechtlichen Anforderungen für neue Zuwanderer schwer verständlich sein, und Unternehmer aus ethnischen Minderheiten sind an den Finanzmärkten eher dazu gezwungen, bankfremde oder informelle Formen der Finanzierung in Anspruch zu nehmen. Eine verbreitete politische Lösung besteht im Angebot spezieller Weiterbildungsprogramme für Zuwanderer und ethnische Minderheiten, die sie beim Aufbau tragfähigerer Unternehmensprojekte unterstützen und über verfügbare Finanzierungsmöglichkeiten aufklären. In Dänemark können Migrantinnen und weibliche Flüchtlinge in *Getting Started Camps* einen zweitägigen Gründungslehrgang absolvieren. Nach drei Jahren waren 16 % der Teilnehmerinnen selbstständig erwerbstätig, gegenüber 3 % zu Beginn des Programms. Eine weitere politische Maßnahme ist die gezielte Mikrofinanzierung. So werden beispielsweise durch das *Szechenyi Unternehmer-Programm* für die Roma-Bevölkerung in Ungarn auf wettbewerblicher Grundlage Zuschüsse in Höhe von bis zu 15 000 EUR, kombiniert mit Informationsangeboten und netzwerkfördernden Veranstaltungen, vergeben. Zwischen 2003 und 2007 wurden durch das Programm über 400 Arbeitsplätze geschaffen.

Weitere thematische Kapitel des Buches beschäftigen sich mit der Entwicklung und Umsetzung geeigneter Wirtschaftsförderungsdienste für benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen sowie mit Möglichkeiten zur Umgestaltung der Sozialversicherungssysteme mit dem Ziel, unnötige Hindernisse für Gründer und selbstständig Erwerbstätige zu beseitigen. Wirtschaftsförderungsdienste bieten Unterstützung in Form von Informationsangeboten, darunter Beschreibungen von Verfahren der Gewerbeanmeldung und Profilen unternehmerischer Rollenvorbilder, oder intensiveren und gezielteren Angeboten für Coaching, Mentoring und Unternehmensberatung. Es ist oftmals günstiger, mit derartigen Unterstützungsangeboten Einrichtungen und Beratungsdienstleister zu betrauen, die derselben Gemeinschaft (z. B. Frauen, Zuwanderer) angehören wie die Zielgruppe der Unternehmer. Außerdem ist es wichtig, Unternehmen nicht nur in der frühen Gründungsphase zu unterstützen, sondern auch danach zu begleiten.

Die Sozialversicherungssysteme bieten selbstständig Erwerbstätigen häufig weniger Schutz als Angestellten oder Arbeitslosen. Dadurch wird ein negativer Anreiz für die Unternehmensgründung oder Selbstständigkeit geschaffen, insbesondere in den unterrepräsentierten und benachteiligten Gruppen, die häufiger mit den Sozialversicherungssystemen in Kontakt stehen und oft mehrere Sozialleistungen beziehen, die sich bei Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit verringern könnten. Wenngleich in den Ländern der EU sehr unterschiedliche Sozialversicherungssysteme bestehen, können einige gemeinsame Ansätze zur Unterstützung des integrationsfördernden Unternehmertums verfolgt werden. Insbesondere könnte der

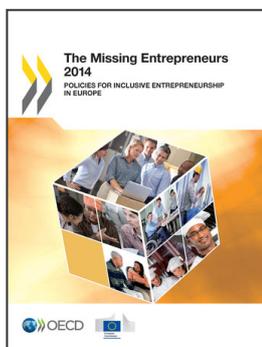
Sozialschutz für Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Gesundheitsversorgung und andere Leistungen auf Selbstständige ausgeweitet werden. In Finnland beispielsweise wurde im Jahr 2005 durch eine Reform dieselbe soziale Grundabsicherung für abhängig Beschäftigte und selbstständig Erwerbstätige eingeführt.

Schließlich enthält das Buch für jeden Mitgliedstaat der EU auch Daten zum jeweiligen Stand der integrationsfördernden Unternehmertätigkeiten zusammen mit einem Beispiel für einen politischen Ansatz, der anderen als Anregung dienen könnte.

Zentrale politische Empfehlungen

- Ausweitung öffentlicher Maßnahmen zur Förderung des Unternehmertums von Angehörigen der unterrepräsentierten und benachteiligten Gruppen, darunter Frauen, junge Menschen, Ältere, Arbeitslose, Zuwanderer und ethnische Minderheiten;
- Unterstützungsangebote zur Verbesserung der Qualität der von unterrepräsentierten und benachteiligten Gruppen gegründeten Unternehmen, etwa durch die Förderung von Unternehmensprojekten in Märkten mit Nachfrageüberhang oder -wachstum oder durch die Vermittlung von betriebswirtschaftlichem Wissen;
- Unterstützung motivierter und geeigneter Menschen bei der Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus durch Gründungsfinanzierung und die Vermittlung unternehmerischer Fertigkeiten sowie die Herstellung von Kontakten zwischen Gründern aus der Arbeitslosigkeit und etablierten Unterstützungsanbietern wie Handelskammern und Mikrofinanzinstituten;
- Anpassung der Unterstützungsregelungen an die betrieblichen und kommunikationsbezogenen Besonderheiten der Gruppen der ethnischen Minderheiten und Zuwanderer, z. B. durch die Bereitstellung von Aufklärungsprogrammen zum Unternehmertum über die von diesen Gemeinschaften bevorzugten Medien, die Beauftragung ethnisch gemischter Unterstützungsdienstleister und Berater im Bereich der Wirtschaftsförderung und die Förderung der Gründung oder des Ausbaus von Unternehmensverbänden ethnischer Minderheiten;
- Angebot von Finanzierungs- und Schulungsprogrammen für Unternehmer aus ethnischen Minderheiten einschließlich Sprachunterricht für neue Zuwanderer, Sicherstellung einer guten Verständlichkeit der Unternehmensvorschriften für Unternehmer aus ethnischen Minderheiten und verstärkte Überwachung der Annahme von Programmen in den Gruppen der ethnischen Minderheiten und Zuwanderer;
- Angebot integrierter Pakete von Wirtschaftsförderungsdiensten, die Beratung, Coaching, Mentoring und finanzielle Unterstützung kombinieren, Abdeckung der Vorgründungs-, Gründungs- und Nachgründungsphase und Verbesserung der programmübergreifenden Koordinierung und Kohäsion;
- Aufbau eines Kreises akkreditierter, geschulter und erfahrener Berater, Betreuer und Mentoren im Bereich der Wirtschaftsförderung, die den gesellschaftlichen Zielgruppen angehören;
- Bereitstellung eindeutiger Informationen zu den Sozialversicherungsansprüchen von selbstständig Erwerbstätigen, einschließlich Beschreibungen dazu, wie sich die unterschiedlichen Leistungen aufeinander auswirken und wie sie durch Änderungen des Arbeitsmarktstatus beeinflusst werden;
- Flexibilität bei der Zahlungsweise von Sozialversicherungsleistungen, etwa in Form von pauschalen Einmalzahlungen zur Unterstützung von Unternehmensgründungen oder die Zahlung von Beihilfen bzw. Weiterzahlung von Arbeitslosenleistungen über einen festgelegten Zeitraum an Gründer aus der Arbeitslosigkeit;
- Verbesserung des Umfangs des Sozialversicherungsschutzes für selbstständig Erwerbstätige, um ihnen ein vergleichbares Sicherheitsnetz wie den abhängig Beschäftigten zu gewähren;

- Verstärkter Einsatz von Evaluierungen zur Messung der Auswirkungen von Unterstützungsprogrammen für Unternehmertum und soziale Integration. In solchen Evaluierungen sollten nicht nur die Effizienz und Kostenwirksamkeit überprüft, sondern auch Mitnahmeeffekte (d. h. in Bezug auf Personen, die auch ohne Unterstützung gegründet hätten) und Verdrängungseffekte (d. h. in Bezug auf Unternehmer, die von Empfängern öffentlicher Unterstützung vom Markt verdrängt werden) untersucht werden.



From:
The Missing Entrepreneurs 2014
Policies for Inclusive Entrepreneurship in Europe

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/9789264213593-en>

Please cite this chapter as:

OECD/European Union (2015), "Zusammenfassung", in *The Missing Entrepreneurs 2014: Policies for Inclusive Entrepreneurship in Europe*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264230897-2-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.